

Sächsische Volkszeitung

erschint täglich nachm. mit Ausnahme der Sam- und Festtage.
Preis: 15 Pf. (ohne Porto). Einzelnummern 10 Pf.
Abonnementspreis: 11-12 M.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Verleger: Die Sächsische Volkszeitung, Verleger: Rudolf
15 Pf. (ohne Porto). Einzelnummern 10 Pf.
Abonnementspreis: 11-12 M.

Aus dem sozialdemokratischen „Jungbrunnen“.

Das freisprechende Urteil des Schiedsgerichts in Sachen Heine, Göhre und Bernhard hat die Wasser des Dresdner Jungbrunnens, die sich allmählich zu glätten schienen, von neuem aufgerührt. Der Bruderzwist innerhalb der sozialdemokratischen Partei, der in letzter Linie nichts anderes als einen Entscheidungskampf zwischen Revisionisten und Radikalen bedeutet, nimmt innerhalb der sozialdemokratischen Presse lustig seinen Fortgang. Eine Flut von Beschimpfungen und von Verdächtigungen wird in der Presse hin- und hergewälzt, und es ist nicht abzusehen, wann der ganze Streit sein Ende nehmen soll.

Wie berechtigt die Auffassung ist, daß es sich beim Bruderzwist zwischen Heine, Göhre und ihrem Anhang und Mehring, Nebel und deren Genossen andererseits in letzter Linie darum handelt, wer Herr im sozialdemokratischen Bau sein soll, ob die Revisionisten oder die Radikalen, bestätigt ein Artikel, den Genosse Parvus in der sozialdemokratischen Presse soeben veröffentlicht (vergl. „Dortmunder Arbeiter-Ztg.“ Nr. 132). Den Hauptgrund für das „Unheil, die augenblickliche Zerfetzung innerhalb der sozialdemokratischen Partei“ sieht Parvus nicht etwa in theoretischem „Anerkennungszwang“, sondern in der „Vorderung des prinzipiellen Zusammenhaltens der Partei“, die zahllose Potemkinen erzeugt, die schließlich in persönlichen Geiznüt ausarten.

„Die prinzipielle Einigung, das heißt die Solidarität der Ansichten über die Ziele und Entwicklung des proletarischen Klassenkampfes, über das, was wir erreichen wollen und die Richtung, die wir zu verfolgen haben, gibt Klarheit der Auffassung, gibt Selbstvertrauen und Vertrauen zu denen, die mit uns den gemeinsamen Kampf kämpfen. Verliert man aber die prinzipielle Klarheit, so verliert man die Sicherheit des Urteils. Und ist man selbst unsicher in seinem Denken, so bezeugt man mit Mißtrauen jedem entscheidenden zurechnungsfähigen Urteil.“

Dieses Schwanken der Begriffe innerhalb der Sozialdemokratie föhrt zur Desorganisation (Zerrüttung, Auflösung) der Partei. Parvus hat mit diesen Auslassungen unzweifelhaft recht. Die Klust, die in den letzten Jahren sich zwischen den sogenannten Revisionisten und Radikalen innerhalb der Sozialdemokratie aufgetan hat, ist mittlerweile zu tief geworden, als daß sich noch Brücken zur Verbindung über dieselbe schlagen ließen. Es stehen sich hier zwei prinzipielle Auffassungen gegenüber, von denen die der ersteren den Vorzug wissenschaftlicher Wahrheitsliebe für sich hat, während die andere von der eigenen Wissenschaft als durch die tatsächliche Entwicklung unrichtig erwiesen worden ist. Die letztere Auffassung ist diejenige der „Alten“, der Nebel, Mehring, Kaugy usw. Die Hartnäckigkeit, mit der beide Parteien an ihren Meinungen festhalten, mit der sie sich gegenseitig zu verdrängen suchen, ist es, welche sich zuletzt in Ausbrüchen der persönlichen Leidenschaft Luft macht. Diese Ausbrüche der Grobheit sind nicht etwa solche, die sich vielleicht durch wohlgemeinten Eifer für ein gemeinsames hohes Ziel entschuldigen lassen. Es sind nach Parvus Grobheiten, „hinter denen die fähle Verachtung des Hasses lauert, und verlegte Eitelkeit, heimliche Nachsicht, Ränke und Intrigue den vergifteten Dolch führen“. Man steht sich nicht mehr gegenüber als Genossen, die um die Mittel und Wege des gemeinsamen

Kampfes streiten, sondern als Feinde, die sich gegenseitig zu vernichten trachten.“ Der Ausblick, den Parvus hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der sozialdemokratischen Partei tun zu dürfen glaubt, ist alles andere als rosig. In den letzten Vorgängen, von Dresden angefangen, sieht er die Anzeichen der inneren „Zerfetzung“, der politischen Korruption. Nicht handelte es sich nach Parvus in dem Streite Heine-Mehring in Dresden um Personen, sondern um die Partei.

„Die Partei wollte wissen, ob sie nach wie vor die politische Organisation des Proletariats sei, die sich die Intelligenz und Energie der einzelnen Führer zu Nutzen kommen läßt, oder sie nur den Hüftschmel bilden soll für das politische Emporkommen einiger Einzelgänger, und sie wollte, daß man sie frei macht von solchen Elementen, welche in Deutschland französische Zustände schaffen wollen. Aber sie bekam keine Antwort. Und da wundert man sich noch, daß die Partei nicht zur Ruhe kommt, trotzdem das Schiedsgericht ein friedliches Urteil fällt!“

Solche Ausführungen, wie sie hier Genosse Parvus macht, verdienen sehr wohl beachtet zu werden als ein Zeichen der tiefehenden Verstimmung, die sich zwischen den streitenden Parteien innerhalb der Sozialdemokratie angeammelt hat. Wenn weitverbreitete sozialdemokratische Parteiblätter solchen Klagenstimmen ihre Spalten erschließen, so beweist das, daß auch die unteren Schichten der Sozialdemokratie mit hineingerissen werden in das Turdweinander der häuslichen Verwirrung innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Zu wünschen wäre dabei nur, daß diesen sozialdemokratischen Arbeiterkreisen auch wirklich die Augen aufgingen, daß ihr Heil niemals bei einer Partei sein kann, die, wie keine andere, niedrigste Streitsucht, so wie innere Unmöglichkeit in ihrer Existenz unterhöhlen. Damit dies nicht geschieht, unterbietet die sozialdemokratische Presse auf das eifrigste nebenher ihre Leser mit Vorkommnissen aus der „durch und durch verrotteten bürgerlichen Gesellschaft“, „Ausflüssen deren verunreinigter Moral“ usw., die im Zukunftsstaate bekanntlich ausgeschlossen sein sollen.

Parvus sieht die Sozialdemokratie in Deutschland „Zuständen zusteuern, wie sie in Italien und Frankreich bereits lastaden sind.“ Wenn es in Deutschland noch nicht zum Schlimmeren gekommen ist, so haben wir es allerdings zum Teil der Regierung zu verdanken, deren Trud die Partei wenigstens daran erinnert, was sie von den anderen trennt.“ Damit täte allerdings die Regierung der Sozialdemokratie den größten Gefallen, wenn sie dieselbe unter Ausnahmegesetze stellen würde, die alle Gegensätze innerhalb der Sozialdemokratie sofort aufheben würden. Dafür ist aber trotz konservativer Wünsche weder die Regierung flugerweise zu haben, noch ist dies viel weniger bei den Webrheitsparteien des Reichstages der Fall.

Die Berliner Presse korumpiert?

Wir stellen hinter die Aufschrift ein Fragezeichen, weil es uns doch noch fraglich erscheint, ob die in letzter Zeit wiederholt aufgetretene Behauptung, daß gewisse Berliner Zeitungen für den Handelsteil bestochen seien, richtig ist. Man ist ja bereits gewohnt, daß es und zu solche Gerüchte aufstauen; so ist uns in Erinnerung, daß über ein bedeutendes süddeutsches Vorkenblatt vor einigen Jahren ganz dasselbe behauptet worden ist. Was aber nunmehr in Berlin von verschiedenen Seiten aufgestellt wird, bedarf doch einer näheren Beachtung.

Da war es zunächst ein kleiner Bankier, der auf der Generalversammlung der Berliner Post sich öffentlich über die Zumutungen beschwerte, die von einzelnen Redakteuren Berliner Mätter an die Postdirektoren gestellt werden, leider hat er hierbei kein bestimmtes Mätt genannt. Daß es nicht kleine Winkelblätter sind, die den Revolver auf die Brust legen, ist ganz selbstverständlich. Eine Post, die ein gutes Gewissen hat, fürchtet solche Belästigungen nicht. Es kann sich somit nur um einflussreiche und große Mätter handeln, die eine Erpressungstaktik befolgen; diese zeigt sich in doppelter Weise: Einmal muß die Post der betreffenden Zeitung Anzeigen zustücken, sonst werden ihre Unternehmungen einfach tot gemacht, aber der Handelsredakteur will auch seinen „Vassall“ haben, weil er in seiner Spalte ja die Feder zu Gunsten der Post und ihrer oft sehr zweifelhaften Unternehmungen führt. Dem lieben Publikum aber wird hierdurch das Fell bis über die Ohren abgezogen! — Eine solche Korruption ist ein öffentliches Unheil und fordert nicht nur öffentliche Kritik, sondern auch Einschreiten der Öffentlichkeit.

In erster Linie hat die Berliner Presse allen Grund, sich von einem solchen Vorwurf zu reinigen. Auffallenderweise hat sie das gar nicht getan, obwohl sie auf genannter Generalversammlung fast hierzu genötigt war. Der schon genannte Bankier führte nach seiner Enthüllung nämlich noch aus, daß er wohl wisse, daß ihn nun die Zeitungen sehr scharf angreifen werden, doch sei ihm dies gleichgültig; er sei der erste, der wenigstens den Mut hatte, auf diesen Mißstand hinzuweisen. Als wir diese ungemein scharfe Herausforderung gelesen hatten, sagten wir uns: Na, da muß es morgen in der Berliner Presse böse zugehen! Bierzehn Tage fast sind seit dieser Kriegserklärung verstrichen, und kein einziges Berliner Mätt hat auch nur eine Zeile darüber mehr gebracht! Sind also alleamt schludrig? Wir sind sehr überzeugt, daß jede andere öffentliche Einrichtung, gegen die solche ehrenrührige Behauptungen erhoben werden, sich sofort verteidigen würde, so müßte und gerade die Berliner Presse die erste sein, die diese Aufforderung ergreifen lassen würde. Warum schweigt sie hier? Es kann nicht die moralische Hebrlichkeit über solche Angriffe sein, es kann nur das schlechte Gewissen sein. Ganz selbstverständlich erscheint es uns, daß nicht auf sämtliche Berliner Mätter dieser harte Vorwurf gerichtet ist; aber werden wenigstens diese sich nicht redaktionell, die völlig un- schuldig sind?

Wenn nun durch dieses Verhalten das Ansehen der Berliner Presse stark wackeln muß, so muß dies noch mehr geschoben durch eine Enthüllung in dem genannten Pommerubankprozeß. Es ist noch in aller Erinnerung, daß die Direktoren dieser Post den Verein „Berliner Presse“ ein ungewöhnliches „Darlehen“ von 25 000 M. gegeben haben. Als im vorigen Sommer diese Tatsache bekannt wurde, entstand ungeheure Bewegung im Volke, so daß der so untertünigte Verein öffentlich erklärte, er zahle dieses Darlehen an die Monatsrate zurück. Man hat seither nichts mehr gehört! Nun kommt die zweite Auflage des Pommerubankprozesses. Hier wird nun vor Gericht festgestellt, daß die Monatszahlung dieser Summe bis heute nicht erfolgt ist! Das ist ein unerhörter Skandal, der zur härtesten Kritik herausfordert. Was will die Berliner Presse in ihrer Redaktionsleitung vorbringen, wenn die Öffentlichkeit sie nun der Bestechung zücht? Wenn ein Privatmann so etwas tut, gilt er als ein notorischer Lump, gebracht werden kann. Abzuweichen läßt sich das schwerere Brod nicht! „Nun gerade nicht!“ wird es heißen und das zweite Resultat wird mitreißig schlammig ausfallen als das erste. Es geht sich eben bei dieser Volksabstimmung wiederum die strebste der demokratischen Institutionen, wobei auch anerkannt gute Geister durch eine Heine Mehrheit unverhältnißmäßig oder böswilliger Mißbrauch zu Falle gebracht werden können.

Die Stadt Zürich und die industriellen Orte des Kantons haben des Geistes mit großer Mehrheit angenommen; einzig die landwirtschaflichen Kreise lieierten das kleine Mehr der Reimiger. Der Bauer ist eben überall zübe, wenn es sich um Wehransgaben handelt, während er den Wehrmaßnahmen aus seiner Produktion nicht abgeneigt ist. Im vorigen Jahre wurde von den gelehabenden Behörden der Schweiz den Wäntiden der Landwirtschaft in weitestem Maße Bekannung getragen, indem besonders die Eingangszölle auf Tshen und Wein ganz bedeutend erhöht wurden. Jetzt ist dieser Mißstand die Ursache, daß die Unterhandlungen mit Italien wegen Abschluß eines Handelsvertrages abgebrochen wurden. Kollektion in Sicht! Es hat fast den Anschein, als treibe Italien auf einen solchen hin. Die Schweiz ist fest entschlossen, den selbigen Vertrag nicht über den 17. September hinaus fortzuführen zu lassen; ist bis dahin keine Verständigung mit Italien über einen neuen Handelsvertrag erzielt worden, so tritt der Kriegszustand auf dem Zollgebiete ein.

Bei diesem steht aber für Italien viel mehr auf dem Spiele wie für die Schweiz. In den Jahren 1900, 1901 und 1902 bezifferte sich der Gesamtexport Italiens nach der Schweiz auf 497 Millionen Frank, während umgekehrt die Schweiz in denselben Zeitraum nur für 141 Millionen Frank Waren nach Italien absetzte. Die Italiener werden es sich wohl dreimal überlegen, ehe sie ein solches Absatzgebiet, das übrigens mit den hauptsächlichsten Artikeln, als: Schlachtvieh, Wein, Geflügel, Eier und Butter keineswegs

Schweizer Brief.

„Wir wollen uns ernsthaft zusammenehmen. Damit der Lehrer sich nicht braucht zu grämen. Wir wollen nicht schwatzen, nicht lärmern, nicht lachen. Noch auf den Boden werfen die Sachen. Wir wollen uns aufmerksam, fleißig zeigen. Zum Sprechen aufgefordert, nicht schweigen. Uns alle überhaupt so aufzuführen heist, Daß Eltern und Lehrer es herzlich frent.“

Zahen, nicht wahr, diese Reimerer? Das ist nämlich ein „modernes Schulgebet“, wie deren das Organ der freisinnigen bernischen Lehrerschaft in der neuesten Nummer veröffentlicht. Dieses Muster-„Gebet“ ist für konfessionslose Schulen bestimmt. Nun, konfessionslos genug dürfte es sein, ob es aber den Namen „Gebet“ verdient? Ja, heißt es, das Gebet im eigentlichen Sinne ist in einer Schule, in welcher der Unterricht nach dem Wortlaut des Gesetzes weltlich und konfessionslos zu sein hat, ganz und gar unzulässig. In Neuenburg ist eine Lehrerin angeklagt, seit mehreren Jahren Tag für Tag den Unterricht mit Gebet zu eröffnen. Dies ist, wie schon gesagt, in einer konfessionslosen Schule unzulässig; deshalb wurde sie bei der Schulkommission denunziert. Diese lehnte jedoch eine Unteruchung des Falles ab, da sie fürchtete, die religiösen Gefühle weiter Volkstheile zu verletzen. Der Denunziant appellierte nun an den Staatsrat mit der Drohung, den Fall eventuell beim Bundesrat anhängig zu machen. Man darf gespannt darauf sein, wie der Staatsrat, an dessen Spitze als Erziehungsdirektor ein bekannter Gauptling der schweizerischen Freimaurer steht, den Fall erledigen wird. Zu bemerken ist noch, was zwar eigentlich selbstverständlich erscheint, daß auch der Denunziant dem Freimaurerbunde angehört. Man sieht aber wieder, wie die schweizerischen „Brüder“ nach dem berühmten Muster eines bewundernswerten Frankreich arbeiten.

Verdienstvoller als die Wirksamkeit im negativen Sinne würde aber ihre Tätigkeit für die Schule sein, wenn sie das Schweizervolk in seiner Allgemeinheit für eine Vesserstellung seiner Lehrer zu gewinnen suchten. Trotz der Schulsubvention durch den Bund, auf welche die schweizerische Lehrerschaft so große Hoffnungen setzte, ist es in manchen Kantonen um eine bessere Beoldung der Lehrer nicht gut bestellt, weil das Volk einer solchen sich feindlich erweist. Ein eklamantes Beispiel liefert der Kanton Zürich. Hier wurde am 15. Mai dem Volke ein Lehrerbeoldungsgezet zur Entscheidung vorgelegt, welches die ökonomisch rückständigen, vor mehr als 30 Jahren festgesetzten Verhältnisse besonders der Landlehrer verbessern sollte. Mit Jubelruch rechneten die Lehrer auf dessen Annahme und siehe da! — mit 31 074 Nein gegen 30 791 Ja wurde das Gezet verworfen. Es war nur ein schwacher Trost, daß die verwendete Mehrbeit eine so geringe war, die Hoffnungen waren doch getrübt: „Es fiel ein Reif in der Frühlingssnacht.“

Eine gewaltige Antreung bemächtigte sich der Lehrerschaft. In verschiedenen Gemeinden erklärten die Lehrer nach dem Bekanntwerden des Abstimmungsresultates, nun der Allgemeinheit keine unbezahlten Dienste mehr leisten zu wollen in Orchester-, Gesang- und anderen Vereinen. Dieses Vorgehen war begründet, aber unter den Verhältnissen, wie sie nun einmal in der Schweiz tatsächlich bestehen, nicht klug. Ebenowenig kann man dies sagen von den Maßnahmen, welche der Lehrerverband des Kantons Zürich zu ergreifen gedenkt. Am 21. Mai hielt derselbe in der Tonhalle in Zürich eine imposante Versammlung ab; in dieser wurde einmütig beschloffen, auf dem Wege der Initiative die verworfene Vorlage unverändert dem Volke ein zweites Mal vorzulegen. Auch diese Erscheinung war natürlich und begründet, aber sie birgt die Gefahr in sich, daß die Vorlage nun erst recht verworfen wird und dann das neue Lehrerbeoldungsgezet auf lange Jahre nicht wieder vor das Volk

nd dein junges,
doch wohl die
des tragischen
ich dachte, du
sicher voraus,
die die beiden
selber unum-
anf, noch bevor
des eigenwillig
gehört — daß
eine schwere
nd den Schlaf
e Seele über-

en, „die Ver-
mittelnd, „alles
nn auf, wenn
on der Liebe
ie Natur ihr
wenigsten sind
vergens durch
Schweigen zu

st du Recht!
st die Hand
ht ist in Ge-
s. War sie
hts, daß sie
Anfechtung

nich vor dem
sie hat ihr
ber nun er-

ung“, sagte
rde, so bin
dein Anie
römmigkeit
Zorn und
or ihm be-
lid nieder-
in ich?“
zwingend,